

## Zusammenfassung der Ergebnisse

Zum 9. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik kamen am 21. September 2009 in der Berliner Neuen Mälzerei etwa 100 Expertinnen und Experten verschiedener Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe von kommunaler, regionaler und nationaler Ebene sowie der Jugendpolitik und der Wissenschaft zusammen. Das Forum war eine gemeinsame Veranstaltung von JUGEND für Europa – Deutsche Agentur JUGEND IN AKTION, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ.

Wie bereits im letzten Jahr stand das Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik im Zeichen der Revision der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa. Die europaweit – so auch in Deutschland – stattfindende Diskussion über eine erneuerte EU-Jugendstrategie hatte jedoch seit Oktober 2008 eine deutliche Konkretisierung erfahren. Mit den Schlussfolgerungen des 8. Forums war eine gründliche Bewertung des bisherigen Rahmens vorgelegt worden, noch bevor die Europäische Kommission mit einer Mitteilung im April 2009 ihren Vorschlag für den Zeitraum 2010 bis 2018 vorstellte. Auf dessen Grundlage wiederum wurden im Rahmen des Nationalen Dialogs in Deutschland zahlreiche Positionen erarbeitet.<sup>1</sup>

Am 26./27. November 2009 beschlossen die Jugendministerinnen und Jugendminister der Europäischen Union auf der Basis der Kommissionsmitteilung und der Vorschläge der Mitgliedstaaten einen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa bis 2018. Ein Entwurf der schwedischen Ratspräsidentschaft lag zum Veranstaltungstermin bereits vor.

Das 9. Forum fand somit zu einem Zeitpunkt statt, der sowohl den Abschluss des nationalen Dialogs zur EU-Jugendstrategie als auch einen ersten Austausch über die nächsten Schritte der Umsetzung einer solchen Strategie in Deutschland ermöglichte.

---

1

- Bundesratsbeschluss, 18. September 2009
- JFMK-Beschluss, 4./5. Juni 2009
- Stellungnahme von JUGEND für Europa, 28. Mai 2009
- AGJ-Positionspapier: Neue Qualität: Kernempfehlungen zur EU-Jugendstrategie 2010-2018, 1./2. Juli 2009
- Erste Bewertungen der BAG der Freien Wohlfahrtspflege aus fachlicher Sicht, 28. Mai 2009
- Stellungnahme des DBJR zur Mitteilung der EU-Kommission für eine EU-Jugendstrategie, 25. Juni 2009
- Stellungnahme von IJAB zur Mitteilung der Kommission vom 27.04.2009 - Eine EU-Strategie für die Jugend, 28. Mai 2009
- Anmerkungen der BKJ zur Mitteilung der EU-Kommission - EU-Strategie für die Jugend-Investitionen und Empowerment, 28. Mai 2009
- Anmerkungen und Kommentare zum Kommissionsvorschlag zur Zukunft der jugendpolitischen Strategien der EU aus der Sicht der deutschen Jugendsozialarbeit von BBJ Servis gGmbH, 28. Mai 2009
- Stellungnahme des Deutschen Vereins zur Mitteilung der Europäischen Kommission zur neuen EU-Strategie für die Jugend, 27. Mai 2009

## **1. Abschluss des Nationalen Dialogs zur erneuerten Jugendstrategie der EU**

### **1.1. Europäische Kommission**

Anne Marie Le Claire (EU-Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur) fasste mit ihrem Redebeitrag den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine gemeinsame Jugendstrategie zusammen. Hierzu gehörten sowohl kurz- als auch langfristige Maßnahmen in folgenden Politikbereichen: Bildung, Beschäftigung, Kreativität und unternehmerische Initiative, Gesundheit und Sport, Partizipation, soziale Integration, Freiwilligentätigkeit, Jugend und die Welt. Weiterhin sollte der Jugendarbeit (im Sinne von: außerschulischer Erziehung und Bildung durch professionelle oder freiwillige Akteure) eine neue Rolle zukommen.

Zum Kooperationsrahmen seien aus Sicht der Kommission zu zählen: ein bereichsübergreifender Ansatz, der Dialog mit der Jugend, das so genannte Peer-Learning für eine bessere Politikgestaltung, die Durchführung auf den verschiedenen Ebenen der Mitgliedstaaten, eine evidenzbasierte Politik, eine vereinfachte Berichterstattung, der Einsatz von EU-Programmen und EU-Mitteln sowie die Zusammenarbeit mit anderen Organen der Europäischen Union und internationalen Organisationen.

### **1.2. Bundesregierung**

In seinem Statement skizzierte Johannes-Wilhelm Rörig (BMFSFJ, Unterabteilung Teilhabe junger Menschen) die Jugendstrategie im Entwurf der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft sowie die Haltung der Bundesregierung dazu.

Schweden habe eine Doppelstrategie vorgeschlagen, welche konkrete Initiativen zu jugendpolitischen Kernthemen ebenso beinhalte wie Initiativen in allen anderen Politikfeldern, die für das Aufwachsen junger Menschen wichtig seien. Diesem Vorschlag und dem geplanten Dreijahreszyklus habe sich die Bundesregierung angeschlossen.

In Bezug auf die von Schweden präferierten Aktionsfelder Bildung, Beschäftigung und Unternehmergeist, Gesundheit und Wohlbefinden, Teilhabe und Freiwilligentätigkeit, Soziale Eingliederung, Jugend und die Welt sowie Kreativität und Kultur vertrete die Bundesregierung die Haltung, dass im Sinne einer Umsetzbarkeit eine Fokussierung notwendig sei. Die entscheidenden Themen aus der Sicht Deutschlands seien:

- Beiträge von Jugendarbeit zu Übergängen Bildung - Beruf
- junge Menschen mit schwierigen Rahmenbedingungen
- Qualifizierung und Mobilität von Fachkräften, vor allem in den beiden genannten Handlungsfeldern.

Neue Herausforderungen sehe die Bundesregierung außerdem in der kinderpolitischen Zusammenarbeit in Europa sowie in den Feldern Medienkompetenz und -konsum.

Zu den von Schweden genannten Durchführungsinstrumenten Zusammenarbeit in der Forschung, Voneinander Lernen (Peer-Learning), Europäischer Jugendbericht (zum Ende jedes Dreijahreszyklus), Verbreitung der Ergebnisse, Monitoring und Indikatoren, Strukturierter Dialog mit jungen Men-

schen und Organisationen, EU-Programme und weitere EU-Mittel sowie „Jugendarbeit sichtbar machen und qualifizieren“ merke Deutschland an, dass Instrumente nur dann wirksam sein könnten, wenn sie sinnvoll mit den Themen und miteinander verknüpft würden. Aus Sicht der Bundesregierung seien das Peer-Learning und der Europäische Jugendbericht am wichtigsten, Fachaustausch und Wissenstransfer müsse neben europäischen Kooperationen insbesondere die regionale und lokale Ebene einbeziehen. Die Haltung des Ministeriums zu Indikatoren im Jugendbereich sei positiv. Hierzu wolle man sich in einer neu einzurichtenden europäischen Arbeitsgruppe engagieren. Das BMFSFJ, so die Ausführungen abschließend, wolle den nationalen Dialog zur europäischen Jugendstrategie weiterführen, insbesondere, weil sie Teil einer Jugendstrategie in Deutschland werden solle.

### 1.3. Empfehlungen der Teilnehmenden des 9. Forums

In zehn Kleingruppen diskutierten die Teilnehmenden des 9. Forums die vorliegenden Vorschläge und Positionierungen für eine erneuerte Jugendstrategie und fassten ihre Ergebnisse in folgenden Empfehlungen an die Bundesregierung mit Blick auf die Beratungen zur Ratsentschließung zusammen:

- Die Qualifizierung von Jugendarbeit als Instrument der EU-Jugendstrategie dürfe nicht dazu führen, dass die Eigenständigkeit und der Charakter von Jugendarbeit/Kinder- und Jugendhilfe eingeschränkt werden. Jugendarbeit/Kinder- und Jugendhilfe habe eine eigene gesellschaftliche Funktion und wolle insbesondere in den Querschnittsfeldern als Partner verstanden werden. Jugendarbeit/Kinder- und Jugendhilfe dürfe nicht zum Erfüllungsgehilfen für Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gesundheitspolitik etc. werden. In diesem Zusammenhang wird eine ganzheitliche Sichtweise auf Jugend gefordert. Die Jugend stelle einen eigenen Wert dar und sei nicht nur als „Humankapital“ zu betrachten.
- Im Sinne einer Erhöhung des Stellenwerts und der Validierung nicht-formaler und informeller Bildung müssten entsprechende Qualitätskriterien und Indikatoren entwickelt werden, auch um Abstimmung mit formaler Bildung und Qualifizierung möglich zu machen. Zu vermeiden sei jedoch eine „Formalisierung des Non-Formalen“.
- Mit Bezug auf die in dem aktuellen Entschließungsvorschlag der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft vorgenommene Konzentration der Aktionsfelder wird die Aufnahme eines eigenen Aktionsfeldes „aktive politische Staatsbürgerschaft und Demokratieentwicklung“ empfohlen. Falls die Bereiche Teilhabe und Freiwilligentätigkeit zusammengelegt würden, bestehe die Gefahr der Beschränkung auf Partizipation lediglich im Bereich der Freiwilligendienste.
- Die von Schweden vorgeschlagene Zusammenlegung von Beschäftigung und Unternehmergeist könne zu Lasten der Förderung von Beschäftigungsfähigkeit gehen.
- Im Rahmen der Priorität „Benachteiligte Jugendliche unterstützen“ seien die Mitgliedstaaten dazu aufzufordern, nicht nur erhöhte Förderbedarfe und Wege zur Förderung und Teilhabe aller jungen Menschen zu bedenken, sondern auch die Ursachen von Benachteiligung zu bekämpfen.
- Das Aktionsfeld „Jugend und die Welt“ wird prinzipiell begrüßt. Die in diesem Aktionsfeld genannten Ziele von Solidarität und Nachhaltigkeit sollten jedoch deutlicher einen globalen Ansatz von internationaler und Entwicklungszusammenarbeit verfolgen.

- Anzustreben sei eine Kohärenz der Prioritäten und Zielsetzungen der Dreijahreszyklen mit den gesamteuropäischen Themenjahren.
- Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit bekommen, sich auf Aktionsbereiche konzentrieren zu können. Die jeweiligen nationalen Priorisierungen sollten unter Einbindung aller Akteure erfolgen. Die Regierungen sollten außerdem verpflichtet werden, über die von ihnen formulierten Ziele Rechenschaft abzulegen.
- Bei der Entwicklung geeigneter Instrumente und Methoden zu den Prioritäten 2010-2012 (Peer-Learning, Monitoring und Indikatoren, gemeinsamer Forschungsbericht) sollten frühzeitig alle Akteure einbezogen werden. Peer-Learning dürfe nicht nur im „high level“-Bereich stattfinden, gebraucht werde ein breiter Ansatz an Konzepten und Formaten.
- Mit Bezug auf die EU-Jugendprogramme als Instrumente einer europäischen Jugendstrategie werden die Vereinfachung von Antragsstellungsverfahren, die Verbesserung der Publizität von EU-Fördermöglichkeiten sowie eine bessere Vernetzung zwischen den Akteuren gefordert.
- Eine europäische Jugendpolitik brauche eine glaubwürdige und aktive Partizipation junger Menschen auf allen Ebenen und in allen Themenbereichen. Der Strukturierte Dialog als Instrument der Strategie müsse auf allen Ebenen und mit allen Akteuren konzeptionell konkretisiert und in den Ressourcen gestärkt werden. Wichtig seien hierbei erreichbare Ziele.
- Es sei wichtig, beim „Abgleich“ von Vorstellungen zu nationaler und europäischer Jugendpolitik Differenzen zwischen dem europäischen und dem nationalen Gebrauch von Begriffen zu berücksichtigen (zum Beispiel Peer-Learning, soziale Eingliederung, Wohlbefinden, Jugendarbeit).

## 2. Erste Ideen und Vorschläge zur Umsetzung der erneuerten Jugendstrategie in Deutschland ab 2010

### 2.1. Statements aus der Kinder- und Jugendhilfe

Mit dem zweiten Teil des 9. Forums strebten die Veranstalter die Eröffnung einer Diskussion über die Umsetzung einer erneuerten Jugendstrategie in Deutschland ab 2010 an. Erste Ideen und Vorschläge aus der Kinder- und Jugendhilfe wurden im Rahmen von kurzen Statements aus den Perspektiven der Länder, der Kommunen, der Wissenschaft, der Jugend- und der Wohlfahrtsverbände ins Plenum eingebracht. Gefragt waren Stellungnahmen bezüglich thematischer Prioritäten, notwendiger Instrumente, Verfahren, und Maßnahmen sowie zur möglichen Rolle der jeweiligen Kinder- und Jugendhilfestruktur bei der Umsetzung.

**Dr. Michael Schwarz (Senat für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Bremen)** erläuterte die aktuellen Beschlüsse der Jugend- und Familienministerkonferenz (4./5.6.2009) und des Bundesrats (18.9.2009) zur jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa, in welchen die Länder die vorgeschlagenen Hauptziele der Jugendstrategie (mehr Chancen in Bildung und Beschäftigung, mehr Teilhabe und verbesserte Zugangschancen, gegenseitige Solidarität zwischen Gesellschaft und Jugend) als Schwerpunktthemen nationaler Jugendpolitik bestätigten. Eine Fokussierung sei allerdings Bedingung für Nachhaltigkeit, die Beteiligung von Akteuren auf allen Ebenen brauche Zeit und inhaltliche Kontinuität. Außerdem helfe die Beschränkung auf Schwerpunktthemen, Ressourcen zu bündeln und

mittelfristige Verbindlichkeiten im transnationalen Arbeitszusammenhang verabreden zu können. Unterstützung bei der Umsetzung durch überörtliche und örtliche Träger sei in folgenden Bereichen denkbar: soziale und berufliche Eingliederung, Stärkung körperlicher und psychischer Gesundheit, Förderung nicht formaler und informeller Bildung, (politische) Partizipation und Ehrenamt, verbesserte Mobilität, praxisbezogener transregionaler Erfahrungsaustausch, Weiterentwicklung des strukturierten Dialogs.

Das Instrument Peer-Learning sollte zu konkreten praxisrelevanten Kernthemen eingesetzt werden und sich vorrangig an Akteure der lokalen und regionalen Ebene richten. Inhalte und Verfahren sollten sich an Praxisanforderungen orientieren, eine Intensivierung des transregionalen Austausches sei erforderlich. Herr Dr. Schwarz berichtete außerdem über ein Gespräch der JFMK mit Ján Figel (EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend) am 16.9.2009 und das Bestreben der JFMK nach einer aktiven Zusammenarbeit mit der neuen EU-Kommission. Geplant seien Regionalkonferenzen, eine aktive Beteiligung am Fachdiskurs über Indikatoren und Berichtswesen, am Peer-Learning und dem strukturierten Dialog sowie eine Absicherung des Themas als jugendpolitischer Schwerpunkt in der AGJF.

**Verena Göppert (Deutscher Städtetag – Dezernat Arbeit, Jugend und Soziales)** schloss sich grundsätzlich der Einschätzung durch die Länderseite an und signalisierte Mitwirkungsbereitschaft bei der Umsetzung in Deutschland. Aus kommunaler Perspektive seien hierfür die Themen Bildung, Beschäftigung und soziale Integration zu nennen. Die spezifischen Bedingungen der kommunalen Ebene müssten in den entsprechenden Diskussionen jedoch viel stärker berücksichtigt werden.

**Prof. Dr. Günter J. Friesenhahn (Fachhochschule Koblenz) und Prof. Dr. Andreas Thimmel, (Fachhochschule Köln)** forderten in ihrer Stellungnahme eine kritische (nicht normative, nicht affirmative) Praxisforschung, die die EU-Jugendpolitik im deutschen Diskurs beratend begleitet. Derzeit werde EU-Jugendpolitikforschung im Wesentlichen als quantitativ empirisch ausgerichtete Jugendforschung betrieben. Eine Optimierung der Kooperation zwischen den bisherigen Akteuren mit Wissenschaft könne dann gelingen, wenn relevante Forscherinnen und Forscher aus der Jugendarbeitsforschung, der sozialpädagogischen Jugendhilfeforschung und der transdisziplinären Jugendforschung daran beteiligt würden.

Denkbar wäre ein unabhängiges Gremium der Jugendpolitik, in dem ein Dialog von Politik, Praxis und Wissenschaft dauerhaft und systematisch organisiert werde.

Der EU-Jugendpolitik sei eine ambivalente Grundstruktur eigen, auf die es sich einzulassen gelte: Einerseits würde Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit im Sinne von Beschäftigungsfähigkeit instrumentalisiert (Stichwort „Investment“), andererseits würde zum Stichwort „Empowerment“ Partizipation und aktive Bürgerschaft angestrebt.

**Kathrin Moosdorf (Deutscher Bundesjugendring)** verwies auf die Umsetzungsvorschläge im Perspektivpapier des DBJR zur EU-Jugendstrategie. Aus Sicht der Jugendverbände sei besonderer Wert auf die Themen Arbeitslosigkeit / prekäre Arbeit, Partizipation und Teilhabe sowie (non-formale) Bildung zu legen. Letztgenannte dürfe als Wesenszug der Selbstorganisation jedoch nicht – wie von der Kommission vorgeschlagen – in formale Bildung integriert werden, sondern müsse ihre Eigenständigkeit bewahren. Als Forderungen und konkrete Maßnahmen aus Sicht der Jugendverbände seien zu nennen: Verantwortung im Strukturierten Dialog auf allen Ebenen, Einbindung der Parlamente, Mobilität nicht am Pass festmachen, Aufbereitung von EU-Dokumenten, enge Zusammenarbeit zwischen

Ministerien. Zur Jugendbeteiligung sei festzustellen, dass der Strukturierte Dialog in den kommunalen Jugendstrukturen angekommen sei und nun gemeinsam weiterentwickelt werden müsse.

**Roland Fehrenbacher (Deutscher Caritasverband)** erklärte die Freie Wohlfahrtspflege für grundsätzlich einverstanden mit den übergeordneten Zielen der vorgeschlagenen Jugendstrategie. Wichtig sei es jedoch, nicht einseitig auf die Vermittlung in Ausbildung und Arbeitsmarkt zu fokussieren, sondern auch solche junge Menschen zu fördern, die beispielsweise als Straßenkinder lebten und deren Bedürfnisse existenziellerer Art seien. In Zeiten des demographischen Wandels sei außerdem besonderer Wert zu legen auf das Ziel „Solidarität zwischen den Generationen“. Obgleich aus Sicht der Wohlfahrtsverbände eine Fokussierung auf junge Menschen mit erschwerten Rahmenbedingungen erfolgen sollte, müsse eine Jugendstrategie alle Kinder und Jugendliche einbeziehen. Wichtig sei außerdem eine Verknüpfung mit der EU-Kinderrechtestrategie und darüber hinaus der Einsatz für Rechte der Jugend. Wichtige – auch kinder- und jugendhilferelevante – Fragen der Umsetzung einer europäischen Rahmung stellten sich derzeit bei der Ausgestaltung des Deutschen Qualifikationsrahmens. Den Dreijahreszyklen, einer Doppelstrategie für Querschnitt und Ressort sowie dem Instrument des Peer-Learnings (vorbehaltlich einer klareren Definition) sei zuzustimmen.

## 2.2. Workshops zu verschiedenen Arbeitsfeldern

In sechs Workshops diskutierten die Teilnehmenden jeweils aus der Perspektive ihres Arbeitsfeldes Anforderungen an Themen, Instrumente und Maßnahmen in Deutschland und sammelten Gedanken über die mögliche Rolle des eigenen Arbeitsfeldes. Die ausgewählten Arbeitsfelder waren: Jugendsozialarbeit, außerschulische Bildung, Qualifizierung und Professionalisierung, Jugendarbeit innerhalb und außerhalb von Verbänden, bürgerschaftliches Engagement, Wissenschaft und Politik.

### 2.2.1. Aktionsbereiche und Zielsetzungen aus Sicht der Arbeitsfelder

Die folgenden Aktionsfelder wurden von den Teilnehmenden am häufigsten für die Umsetzung einer Jugendstrategie genannt:

#### **Bildung**

Die Teilnehmenden bewerteten einen angestrebten Bedeutungszuwachs non-formaler Bildung im Prozess des lebenslangen Lernens als Zielsetzung grundsätzlich positiv, wiesen aber darauf hin, dass eine gleichberechtigte Anerkennung mehr verlange als „Integration in die formale Bildung“. Der Eigenwert non-formaler Bildung müsse betont und die sich in vorliegenden Formulierungen abzeichnende Funktionalisierung der Jugendarbeit für formale Bildung zurückgewiesen werden.

Die Teilnehmenden sprachen sich grundsätzlich für die Entwicklung und den Einsatz geeigneter Instrumente zur Validierung von Lern- und Bildungserfolgen im non-formalen Bereich aus. Hierbei sei zu beachten, dass im Feld der außerschulischen Bildung Kompetenzen und weniger Qualifikationen im Mittelpunkt stünden.

Eine von vielen wichtigen Aufgaben im Bereich Bildung sei die Bekämpfung des vorzeitigen Schulabbruchs. Als wichtig angesehen wurde die Förderung von Bildungsmobilität aller Menschen und der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Politikbereichen.

Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt, Diversität und Toleranz in der Bildung gehörte ebenso zu den genannten Zielen wie die Integration partizipativer Strukturen in das Bildungssystem und die Förderung der Zusammenarbeit der zentralen Akteure (Schule, Familie, lokale Gemeinschaften) sowie die Bereitstellung hochwertiger Orientierungs- und Beratungsdienste für junge Menschen. Die Bildung zu aktiver Staatsbürgerschaft müsse auch im formalen Bildungsrahmen verstärkt werden.

Zur Förderung der Kooperation zwischen dem formalen Bildungs- und dem Jugendbereich wurde die Einführung gemeinsamer Lehrinhalte zum Bildungsverständnis für Studierende in den Bereichen Sozialpädagogik und Lehramt sowie Forschung zu sektorübergreifender Kooperation und deren Bedingungen mit integrierten Handlungsempfehlungen für die Politik vorgeschlagen

### **Partizipation**

Partizipation und Teilhabe seien wichtige Voraussetzungen eines funktionierenden demokratischen Systems und zentrale Aspekte demokratischer Bildung und müssten sich selbstverständlich auf alle jugendrelevanten (Politik-)Bereiche beziehen und als durchgehendes und auf Dauer angelegtes Prinzip der Jugendstrategie gelten. Die Einbeziehung in das staatsbürgerliche Leben der lokalen Gemeinschaften und in die repräsentative Demokratie müsse mehr bedeuten als Wahlbeteiligung.

Insbesondere, wenn es um die konkrete Beteiligung junger Menschen mit schwierigen Rahmenbedingungen gehe, sei Partizipation keineswegs ausreichend entwickelt. Zwar würden diese Zielgruppen genannt, aber deshalb noch lange nicht erreicht oder angemessen gefördert und beteiligt. Deren Einbeziehung müsse weiter entwickelt werden.

Die Teilnehmenden sprachen sich für die Entwicklung geeigneter Qualitätsstandards für Partizipation, Information und Konsultation aus und forderten die Weiterentwicklung der Diskussionsmöglichkeiten auf der regionalen und lokalen Ebene.

Neben der politischen und finanziellen Förderung vorhandener Strukturen (z. B. Jugendorganisationen, Jugendräte) und der Projekte nicht organisierter Jugendlicher bedürfe es – gerade auch für spezifische Zielgruppen – der Entwicklung, Erprobung und Unterstützung neuer Formen der Teilhabe/Partizipation (z. B. internetbasierte Dialogformen und e-Demokratie). Partizipationskenntnisse müssten verstärkt an Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter, Lehrerinnen und Lehrer und politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger vermittelt werden.

### **Beschäftigung**

Beschäftigung sei vor allem im Sinne zukunftsfähiger Ausbildungs- und Berufschancen und nicht in erster Linie im Sinne von Beschäftigungsfähigkeit ein zentrales Thema insbesondere der Jugendsozialarbeit. Durch die Rahmenbedingungen der Förderung seien allerdings die Möglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere benachteiligte Jugendliche mit geeigneten Maßnahmen und Hilfen bis hin zu außerbetrieblichen Ausbildungen zu begleiten und zu unterstützen, stark eingeschränkt worden. Dieses jugendpolitische Feld könne aber nicht allein der Förderung der Rechtskreise SGB II und SGB III überlassen werden. Dringend sei hier die Stärkung der Jugendberufshilfe / Jugendsozialarbeit und ihrer Angebote erforderlich.

Als ein weiteres Ziel mit Blick auf Beschäftigung wurde der Abbau von Hindernissen für die Freizügigkeit von Auszubildenden und Studierenden in Deutschland genannt.

### **Soziale Integration**

Das Anliegen, keinen jungen Menschen verloren gehen zu lassen, sei für die Kinder- und Jugendhilfe prägend und zentral und sollte vor allem aus Sicht der Teilnehmenden aus dem Arbeitsfeld Jugendsozialarbeit auch für die nationale und europäische Jugendpolitik gelten. Ein bislang zu wenig beachtetes Thema sei dabei – neben der Tatsache, dass inzwischen rund 20 % aller jungen Menschen als von Exklusion gefährdet gelten – die materielle Situation von Jugendlichen unter dem Stichwort „Jugendarmut“.

### **Neue Aufgaben für die Jugendarbeit**

Als Zielsetzungen wurde die verstärkte Förderung der Jugendarbeit/Kinder- und Jugendhilfe unter anderem durch die Strukturfonds sowie die Entwicklung innovativer Dienste, Konzepte und Verfahren der Jugendarbeit genannt.

Die Qualifizierung und Professionalisierung der in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugend(hilfe)politik Tätigen mit den Dimensionen Aus-, Fort- und Weiterbildung könne zu einem schergewichtigen Arbeitsbereich bei der Umsetzung einer europäischen Jugendpolitik werden. Außerdem wurde die Wichtigkeit von Fachkräfteaustausch innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten und des gegenseitigen voneinander Lernens auf allen Ebenen betont.

### **Freiwilligentätigkeit**

Noch zu klären seien die Möglichkeiten und Grenzen der Freiwilligentätigkeit im Rahmen der Gestaltung des gelingenden Übergangs von Bildung in Beruf / Arbeit. Gebraucht würden generationsübergreifende Angebote an Freiwilligendiensten, die beispielsweise fördern, dass sich Jugendliche für Ältere engagieren und umgekehrt.

### **Jugend in der Welt**

Neben der Unterstützung der Jugendarbeit in anderen Kontinenten müsse die weltweite Sensibilisierung für Grundrechte und Entwicklungsfragen angestrebt werden. Nationale Regierungen müssten internationale Begegnungen durch Visaerleichterungen fördern.

## **2.2.2. Anforderungen an nationale Instrumente, Verfahren und Strukturen**

In den Workshops wurden folgende Anforderungen an nationale Instrumente, Verfahren und Strukturen für die Ausgestaltung der Jugendstrategie in Deutschland mit dem Hinweis zusammengetragen, dass es einer systematischen Weiterentwicklung und Präzisierung der Vorschläge bedürfe:

- Ausweitung der Beteiligung junger Menschen vor Ort bei allen sie betreffenden Angelegenheiten

- ernsthafte und nachhaltige Ausgestaltung des Strukturierten Dialogs auf allen Ebenen und Einsetzung einer nationalen Koordinierungsstelle für die Umsetzung des Strukturierten Dialogs, insbesondere für Informationsarbeit und die Vernetzung der handelnden Akteure
- Förderung der nicht formalen Bildung in ihrer Autonomie und Verbreitung des Bildungsverständnisses in einem umfassenderen Sinn (auch als Persönlichkeitsbildung)
- Freiräume, „freie Zeit“ und Strukturen für Partizipation
- konsequente Anwendung des voneinander Lernens unter Einbindung der fachlichen Interessen der lokalen Ebene
- umfassende Kommunikationsstrategie zur Ausgestaltung einer Jugendstrategie und Verfahren für Transparenz
- genügende finanzielle Ausstattung
- Schulung und Information von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- Pilotprojekte auf lokaler Ebene
- umfassendere Informationsarbeit, um insbesondere im Bereich der Wirtschaft die Instrumente Europass und Jugendpass bekannter zu machen
- strukturelle Absicherung und Verankerung der Jugendsozialarbeit und Abbau von rechtlichen Hemmnissen, z. B. im SGB II / III, die nicht prioritär die Förderung junger Menschen verfolgen, sondern vor allem arbeitmarktpolitischen Zielen dienen
- Lösung bestehender Probleme bei der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Ebenen und Programmen (z. B. durch mangelnde Möglichkeiten der Kofinanzierung / Aufstockungsverbote) und Auflösung des unkoordinierten Nebeneinanders unterschiedlicher Programme, die sich alle an die gleichen Zielgruppen richten, sowie Erleichterung von Antragsverfahren
- Einrichtung von aktionsfeldübergreifenden regelmäßigen Arbeitsforen zur Entwicklung passender Instrumente zur Umsetzung einer Jugendstrategie auf den Ebenen Bund, Länder und Kommunen
- Monitoring der Fortschritte sowie Evaluation.